

Unsere Stellungnahme zur übersandten Unterlage der Stadt:

Zu 1. Kita-Situation

Wir haben Verständnis dafür, dass aus Datenschutzgründen kein/e Adressen von potenziellen Grundstücken bzw. deren Eigentümern genannt werden dürfen. Da uns jedoch unser Wohnort bestens bekannt ist, wissen wir ungefähr, wo überhaupt eine Bebauung möglich wäre. Innerorts gibt es kein Grundstück, welches die erforderliche Flächengröße aufweist. Erreichbare Grundstücke am Ortsrand sind in dieser Anzahl ebenfalls schwer vorstellbar. Vielleicht handelt es sich hier auch um mehrere, zusammenhängende Grundstücke unterschiedlicher Eigentümer. Diese müssten dann auch alle bereit sein zum Verkauf. Erst dann könnte ein Planungsprozess beginnen. Bei einem neuen Kindergarten ergeben sich entsprechende Auswirkungen auf Bestandgebäude in direkter Nachbarschaft. Aufgrund der im fast kompletten Ortsteil angespannten Verkehrssituation wäre zudem zu prüfen, ob der Kindergarten auch gut erreichbar ist. In der letzten Woche wurde außerdem in der Presse (Rheinpfalz) bekannt, dass die Finanzlage der Stadt derart angespannt sei, dass der Haushalt seitens der ADD nicht genehmigt wurde. Es wurde bereits vorgeschlagen, diverse Bauvorhaben, einschließlich Neubauten von Kindertagesstätten, um mindestens ein Jahr zu verschieben.

Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass im BBP Ruchheim Nord-Ost ausreichend Gelände für einen Kindergarten ausgewiesen war. Aus den damaligen Berechnungen ergab sich für die vorgesehene Bebauung, dass ein Kindergarten für Ruchheim Nord-Ost zwingend erforderlich sei. Dennoch wurde dieses Gelände ca. 2016 von der Stadt an einen privaten Bauträger zur Erstellung von 10 Reihenhäusern verkauft! Es kann daher nicht sein, dass nun eine Bebauung OHNE Kindergarten erfolgen soll! (Unabdingbarkeitsklausel)

Wir teilen den Optimismus der Stadt hinsichtlich einer zeitnah gebauten neuen Kindertagesstätte nicht.

Wir fordern dringend den vollständigen Planungsstopp für das Bauvorhaben, bis ein Grundstück gefunden wurde und die Bebauung mit einer Kita verbindlich sichergestellt ist.

Zu 2. Zusätzliche Zufahrten ins Baugebiet Nord-Ost

Auf den von der Stadt erwähnten Planungsanstoß des Baudezernenten Thewalt warten wir seit der Begehung vom 22.07.2021!

Der Ortsberater hatte hierzu inzwischen vom Tiefbauamt eine Stellungnahme erhalten. Leider passt die Stellungnahme nicht zum bestehenden Problem.

Stellungnahme Bereich Tiefbau

Unter der Formulierung „Zufahrt nach Ruchheim Nord-Ost“ ist der östliche Teil der Magdeburger Straße mit Anbindung an die Oggersheimer Straße (Ortsrandstraße Ruchheim-Ost) zu verstehen.

Eine verkehrliche Entlastung wäre durch einen Ausbau nicht zu erwarten. Mit einem Ausbau entsprechend des Bebauungsplans würde ein Geh- und Radweg und ein feldseitiger Wirtschaftsweg entstehen sowie eine Straßenbeleuchtung errichtet werden.

Die Sicherheit der Einwohnerinnen und Einwohner im Ortsteil Nord-Ost ist aktuell bereits gewährleistet, da sie bei der Aufstellung des Bebauungsplans ein Teil der Planungsthemen darstellt.

Eine aktuelle Stellungnahme der Feuerwehr liegt nicht vor, die Feuerwehr war bei der Erstellung des Bebauungsplans beteiligt. Die Erreichbarkeit des Gebiets ist bereits durch den westlichen Teil der Magdeburger Straße gegeben. Die Möglichkeit einer Zufahrt aus anderer Richtung wurde bislang nicht weiter geprüft, da planungsrechtlich keine weitere Zufahrt vorgesehen ist. Aufgrund der Bahnlinie im Norden und der Bestandsbebauung im Westen besteht aktuell keine Möglichkeit einer weiteren Zufahrt außer den derzeit bereits bestehenden.

Aus dieser Stellungnahme geht hervor, dass bisher keine weitere Zufahrt geprüft wurde, da „planungsrechtlich“ keine weitere Zufahrt vorgesehen sei. Und das ist genau das Problem in unsrem Ortsteil: Die hier genannte Planung ist ca. 30 Jahre alt. In der Zwischenzeit gab es zahlreiche Planänderungen wodurch heute mehr Menschen in diesem Wohngebiet leben als auf der bisherigen Fläche ursprünglich vorgesehen. Außerdem hat sich in den letzten 30 Jahren das Mobilitätsverhalten der Einwohner dahingehend geändert, dass diese im Schnitt über > 2 Autos verfügen und nicht mehr nur über eines.

Aus Sicht der Bürgerinitiative ist aufgrund der engen Straße innerhalb des Erfurter Rings daher eine ZUSÄTZLICHE Zufahrt erforderlich. Schon heute ist ein Ausweichen zweier sich begegnender Fahrzeuge problematisch und vor allem für spielende Kinder gefährlich.

Ausweichmanöver gelingen ausschließlich über private Einfahrten oder komplettes Zurücksetzen über mehrere Meter.

Eine Entlastung des zugeparkten Rings kann nur über eine Zufahrt im hinteren Drittel erfolgen. Die Behelfszufahrt im vorderen Bereich (siehe Skizze, betonierter Feldweg ohne Befestigung, ohne Geh- und Radweg) führt unweigerlich wieder auf den zugeparkten Erfurter Ring.

Wir sehen die einzige Möglichkeit in einer Verlängerung der Baustraße (unbefestigter Feldweg, s.o.) bis zur Bahnlinie mit einer seitlichen Zufahrt in Höhe der Reihenhäuser. Jedoch ist dies eine Spielstraße und von daher vermutlich nicht gut geeignet, um den Verkehr durch diese schmale Straße umzuleiten.

Bereits seit 30 Jahren ist ein Geh- und Radweg im BBP (provisorische Behelfszufahrt) vorgesehen und bislang nicht umgesetzt worden. Lediglich auf unsere Beschwerden und unser Drängen hin musste Herr Thewalt die Gefahrenstelle einräumen und ließ drei Lampen behelfsmäßig installieren.

In westlicher Richtung wurden bei der Erstellung der ursprünglichen Bebauungspläne alle Zufahrten aus dem „alten“ Ortskern verbaut, sodass von hier eine Verkehrsanbindung künftig nicht mehr möglich ist.

Genau diese damalige Fehlplanung bringt uns jetzt in die Situation, dass das Verkehrsproblem sich mit jedem Zuzug neuer Anwohner verschärft. Trotzdem wird von Seiten der Stadt und GAG weiter auf einen 30 Jahre alten Bebauungsplan beharrt.

Vor ca. 4 Monaten konnten wir zufällig mit einem Feuerwehrmann der freiwilligen Feuerwehr in Ruchheim sprechen. Dieser hat aus Sicht der Feuerwehr von „katastrophalen Bedingungen“ hinsichtlich der Zufahrten berichtet. Es wären aufgrund der engen Straßen bereits mehrfach Einsatzfahrzeuge/ parkende Fahrzeuge im Einsatz beschädigt worden. Auf der Homepage der Bürgerinitiative Erfurter Ring können Sie Bilder eines Feuerwehreinsetzes im Erfurter Ring sehen, die sehr gut belegen, wie eng die Straßen sind. <http://bi-erfurterring.de/>

Zu 3 Gefahrenzone am kleinen Durchgangsweg

Piktogramm auf Straßenbelag fehlt noch. Diese Stelle bleibt trotz Beschilderung weiter unübersichtlich und extrem gefährlich (siehe Punkt 2).

Zu 4 Gehwegnase Magdeburger Straße/Erfurter Ring

Bereits umgesetzt.

Auch diese Maßnahme erfolgte erst nach Drängen und vielen Beschwerden sowie Begehungen mit den Verantwortlichen der Stadt.

Zu 5 Parkplatzfinder

Die Verwaltung sei „offen für Vorschläge seitens der BI“ und hätte um Rückmeldung hinsichtlich von Kaufinteressen bzw. der Anmietung von privaten Stellplätzen gebeten. Von „mehrfach“ kann nicht die Rede sein!

Eine Bürgerinitiative hat organisatorisch weder die Aufgabe noch die Möglichkeit Machbarkeitsstudien durchzuführen. Uns ist weder bekannt, wem mögliche freie Grundstücke gehören, noch ob diese für die Ausweisung von Parkflächen überhaupt geeignet sind. Hier macht es sich die Verwaltung einfach und gibt den Ball an die BI ab.

Zu 6 Grünflächen

Es ist uns bekannt, dass innerorts keine Flächen mehr vorhanden sind, um neue öffentliche Grünflächen auszuweisen. In Ruchheim Nord-Ost stehen fast keine Einfamilienhäuser mit Gärten. Die Reihenhäuser verfügen lediglich über eine „grüne Terrasse“. Bei mehreren Begehungen konnten wir allen Beteiligten zu deren Überraschung zeigen, dass große Flächen mit Mehrfamilienhäusern zugebaut wurden und es keine größeren Grünflächen gibt. Sicher ist, dass der jetzt schon geringe Anteil an Grünflächen mit dem geplanten massiven Zuzug von neuen Anwohnern noch geringer wird. Hier fürchten wir eine weitere massive Abnahme der Wohn- und Lebensqualität in unserem Baugebiet.

Zu 7 Hundenausläufflächen

Siehe Nr. 6

Zu 8 Verkehrskommission / Verkehrsrundschau

Erst durch Ihre Antwort haben wir erfahren, dass diese bereits am 25.10.2021 stattfand. Ein Ergebnis haben auch offenbar Sie nicht bekommen. Es ist traurig, dass die BI bei der Verkehrsrundschau offenbar bewusst nicht einbezogen wurde. Dies, obwohl der Stadt sowie der Oberbürgermeisterin sehr wohl bekannt war, wie kritisch wir die Verkehrssituation einschätzen (siehe auch Punkt 2). Über dieses Thema hatten wir im Sommer 2021 mit Frau Steinruck persönlich gesprochen und dabei darum gebeten, aufgrund unserer Ortskenntnis mit einbezogen zu werden.

Neu:

In den letzten Wochen wurden an den beiden einzigen Zufahrten Messgeräte zur Verkehrszählung angebracht. Dies mitten in der Pandemie, wo sich jeder, der die Möglichkeit dazu hat, im Homeoffice befindet. Was auch immer bei der Zählung heraus kommt, ist wenig aussagekräftig.

Zu 9 Ausbau von Doppelhäusern und Kettenhäusern

Die Verwaltung bezieht sich darauf, dass bestimmte Ausbauten und der damit geschaffene zusätzliche Wohnraum, genehmigungsfrei wäre. (Landesgesetzgebung).

Völlig ignoriert wird hierbei jedoch die Tatsache, dass dort zusätzliche Menschen leben (bedeutet auch mehr Autos). Man kann nicht 30 Jahre wegsehen und die heutige Realität ignorieren. Es ist sehr wahrscheinlich, dass bereits heute so viele Menschen in Ruchheim Nord-Ost leben, wie ursprünglich in den 1990er Jahren geplant. Die Fläche ist jedoch nicht mitgewachsen. Der Hinweis der Stadt, dass „die Pflicht zum Stellplatznachweis entfällt, wenn diese nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten möglich wäre“, ist schwer zu verstehen. An dieser Stelle möchten wir darauf hinweisen, dass auch für die Reihenhäuser, die sich in direkter Nachbarschaft zu den GAG-Baufeldern befinden, lediglich 1 Stellplatz je Haus geschaffen wurde. Ebenfalls im vorderen Bereich des Gebietes (Magdeburger Str.), in dem statt vorgesehener Einfamilien- und Doppelhausbebauung zahlreiche Mehrfamilienhäuser gebaut wurden.

Das ist so lange unproblematisch, wie eine Bebauung im gleichen Wohngebiet entsprechend aufgelockert erfolgt. Beim Bauvorhaben der GAG will man jedoch maximal verdichten und plant auch hier mit nur einem Stellplatz je Wohneinheit.

Zu 10 Weg zur Bahnhaltestelle

Geringfügige Verbesserung durch neue Beleuchtung

Zu 11 Planungsstand der GAG

Wir haben von Herrn van Vliet und der GAG seit 2 Jahren keine Antwort erhalten, daher glauben wir nicht daran, dass die GAG uns den Planungsstand mitteilt.

Zu 12. „Ödfläche“ Erfurter Ring / Magdeburger Straße

Ist in Planung

Zu 13 Anfragen Ortsbeirat

Wir sind im regelmäßigen Austausch mit dem Ortsvorsteher, der uns leider ebenfalls keine Antworten liefern kann.

Zu 14 Verbesserung ÖPNV-Anbindung

Wie bereits angesprochen, fehlen überall im Ort Flächen. Dies würde ebenfalls für die angesprochene Wendemöglichkeit der Straßenbahn gelten. Bei dem Wendekreis einer Straßenbahn würde eine relativ große Fläche erforderlich. Im Wohngebiet wäre dies nicht zu realisieren. Am Ortsrand müsste wertvoller Ackerboden versiegelt werden.

Letztlich ist ein 10-Minuten-Takt der Bahnlinie unrealistisch. Das ist ein Hohn hinsichtlich der Forderung des Baudezernenten, man solle doch lieber den öffentlichen Nahverkehr nutzen als ein privates Auto. Ruchheim ist und war schon immer ein ländlich geprägter Stadtteil. Entsprechend ist die Infrastruktur wirtschaftlich nur begrenzt verbesserungsfähig. Völlig unverständlich, dass man diese Tatsache ignoriert und eine Bebauung erzwingen will, wie sie bestenfalls innerstädtisch üblich und praktikabel wäre.

Zu 15 Vermüllung

Kein Kommentar

Zu 16 Hol die OB

Der Hinweis, Frau Steinruck hätte den Prozess „Hold die OB“ erklärt, ist überflüssig. Der Prozess musste Herrn Münch nicht erklärt werden. Diesen hatte er längst verstanden. Es ging hier niemals darum, wie dieser Prozess funktioniert, sondern um die verbindliche, persönliche Zusage der Oberbürgermeisterin, die sie im Sommer 2021 bei einem Besuch vor Ort machte, dass sie nochmals nach Ruchheim kommen und sich den Bürgerinnen und Bürgern persönlich stellen würde. Der Besuch von Frau Steinruck im Sommer 2021 kam damals nur zustande, da wir ihr zusagen mussten, den Teilnehmerkreis auf den engsten Kreis der Bürgerinitiative zu beschränken und die Presse außen vor zu lassen. Vor Ort sagte uns die Bürgermeisterin einen weiteren Besuch ohne Begrenzung der Teilnehmer zu. An ihr Versprechen hat sie sich jedoch nicht gehalten.

Zu 17 Verschiebung des Baubeginns

Hier wird erneut darauf hingewiesen, dass es sich um ein Bauvorhaben der GAG handelt. Die GAG ist größtenteils eine Tochter der Stadt Ludwigshafen. Der Vorstand Herr van Vliet ist ein langjähriger Parteifreund der Oberbürgermeisterin. Bei jedem Richtfest stehen Vertreter der Stadt und GAG zusammen und feiern den gemeinsamen Erfolg. Es ist davon auszugehen, dass sich beide (Stadt und GAG) regelmäßig austauschen. Unabhängig davon, um wessen Bauprojekt es sich handelt, sollte es doch eine Selbstverständlichkeit sein, dass sich die OB bzw. die Stadt ernsthaft kümmert, wenn es bei einem Projekt dieses Umfanges nachgewiesene Probleme gibt. Es geht hier nicht um das Anliegen eines einzelnen unzufriedenen Anwohners, sondern um den Protest eines ganzen Ortsteils. Das Verhalten unserer Oberbürgermeisterin sowie die mangelnde Unterstützung der Verwaltung machen uns fassungslos.